



Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Postfach 14 02 70, 53107 Bonn

Herr
Stefan Schraner
Franz-Ludwig-Straße 2
97072 Würzburg

Dr. Carlo Prinz
Referat Bio- und Gentechnik

HAUSANSCHRIFT Rochusstraße 1, 53123 Bonn

TEL +49 (0)228 99 529 - 3695

FAX +49 (0)228 99 529 - 3743

E-MAIL carlo.prinz@bmelv.bund.de

INTERNET www.bmelv.de

AZ 222-08003/0064

DATUM 01.03.2010

Sehr geehrter Herr Schraner,

Frau Bundesministerin Aigner hat mich gebeten, Ihnen für Ihre E-Mail vom 4. Februar 2010 zu danken. Auch wenn Frau Bundesministerin Aigner die meisten Briefe und E-Mails selbst sichtet, ist es ihr schier unmöglich, diese auch eigenhändig zu beantworten. Aus diesem Grund hat sie mich gebeten, Ihnen auf Ihr Schreiben, in dem Sie sich gegen die Nutzung der Gentechnik und für die Anwendung alternativer Techniken wie Biochar aussprechen, zu antworten.

Frau Bundesministerin ist wie Sie der Auffassung, dass wir sicherstellen müssen, dass auch langfristig negative Folgen für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt mit Sicherheit ausgeschlossen werden können. Deshalb müssen wir bei der Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen mit aller Sorgfalt vorgehen. Kompromisse bei der Sicherheit darf es nicht geben. Dies mögen Sie auch an dem von Frau Bundesministerin Aigner veranlassten Anbauverbot für den gentechnisch veränderten Mais der Linie MON810 erkennen. Dieses Verbot wurde im vergangenen Jahr verhängt, weil es berechtigten Grund zu der Annahme gibt, dass Mais der Linie MON810 eine Gefahr für die Umwelt darstellen könnte. Es handelte sich hierbei jedoch, wie gesetzlich vorgeschrieben, um eine Einzelfallentscheidung, bei der Pro und Contra auf wissenschaftlicher Grundlage sorgfältig abgewogen wurden.

Auf der anderen Seite müssen wir nämlich auch die Chancen sehen, die in dieser Technologie liegen können. Dazu zählen z.B. der Aufbau von Resistenzen gegen Schädlinge und Krankheiten und damit z.B. ein geringerer Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln. Auch die Kartoffelsorte Amflora, die eine veränderte Stärkezusammensetzung der Kartoffeln aufweist und die nach der Genehmigung zum Inverkehrbringen eine industrielle Nutzung beispielsweise in Papier, Textilien und Klebstoffen vereinfachen würde, ist in diesem Zusammenhang

zu sehen. Eine Nutzung dieser Kartoffel zum Anbau als Lebens- oder Futtermittel ist nicht zulässig und auch nicht beabsichtigt.

Deutschland als ein rohstoffarmes Land muss in besonderem Maß auf die Ressourcen Wissenschaft und Forschung setzen. Gerade, weil wir nicht wissen, welche neuen Herausforderungen in Zukunft auf uns zukommen werden, dürfen wir uns aus der weltweiten Forschung nicht ausblenden, sondern müssen sie aktiv mitgestalten. Dies gilt sowohl für die Produktforschung als auch - in besonderem Maß - für die Sicherheitsforschung. Wir können dieses Feld nicht anderen überlassen und uns dann möglicherweise dennoch mit den daraus resultierenden Produkten konfrontiert sehen.

In der Frage des Anbaus gentechnisch veränderter Nutzpflanzen in der Landwirtschaft, hat sich Frau Bundesministerin mehrfach eindeutig für einen umfassenden Schutz der Landwirte ausgesprochen. Es muss auch zukünftig möglich sein, ohne Gentechnik zu wirtschaften. Auf der anderen Seite haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bereits vor vielen Jahren dafür entschieden, dass denjenigen Ihrer Berufskollegen, die gentechnisch veränderte Nutzpflanzen anbauen möchten, dies auch grundsätzlich möglich sein sollte. Frau Bundesministerin setzt sich daher dafür ein, dass über die Möglichkeit des Anbaus dieser Pflanzen nicht allein auf europäischer Ebene entschieden werden sollte, sondern auch von den Menschen vor Ort. Sie sieht darin ein wichtiges Signal zur Erhaltung der Wahlfreiheit nicht nur der Landwirte, sondern vielmehr aller Bürgerinnen und Bürger, sich für oder gegen die Nutzung der Grünen Gentechnik in Deutschland zu entscheiden.

Bei dem von Ihnen angesprochenen Thema Biokohle sieht das BMELV ernst zu nehmende Entwicklungspotenziale. So wurde bereits am 5. März 2009 in Berlin eine Fachveranstaltung zum Thema "Energie und Rohstoffe aus landwirtschaftlichen Reststoffen - Hydrothermale Carbonisierung ein geeignetes Verfahren?" durchgeführt¹. Bis zur Praxisreife besteht jedoch noch ein erheblicher Forschungsbedarf. BMELV fördert zu diesem Thema F&E-Projekte und begleitet sie durch seine Ressortforschung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Dr. Carlo Prinz

¹ http://www.bmelv.de/cln_154/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Bioenergie-NachwachsendeRohstoffe/Bioenergie/Hydrothermale-Carbonisierung.html?nn=310028